

Ressort: Lokales

Nord-Länder dringen auf Bildungsreformen

Berlin, 02.06.2018, 14:52 Uhr

GDN - Die Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg Vorpommern haben an ihre Kollegen der übrigen Länder appelliert, das deutsche Bildungssystem rasch und deutlich zu vereinheitlichen. "Es ist nicht überzeugend, dass der Wechsel von einem Bundesland ins andere zu Familiendramen führen kann", sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Samstagsausgabe).

"Da müssen wir als Ministerpräsidenten unsere Kultusminister und -senatoren ermutigen, schneller dafür zu sorgen, dass es bei aller Vielfalt vergleichbare Standards und geschmeidigere Übergänge gibt." Schleswig-Holsteins Regierungschef Daniel Günther (CDU) macht den Wettbewerb der Schulsysteme maßgeblich für eine Inflation guter Noten verantwortlich. "Im Moment ist unser Bildungsföderalismus so ausgestaltet, dass es sich lohnt, möglichst gute Noten zu geben und nicht möglichst gute Leistungen zu erbringen", sagte der CDU-Politiker. Wenn man die Studienplatzvergabe an gute Noten knüpfe, habe jedes Land ein Interesse daran, dass der Notendurchschnitt seiner Schüler besonders gut sei. "Ob die Leistung besonders gut ist, spielt eine geringere Rolle." Günther plädierte für einheitliche Standards. Einheitliche Strukturen seien hingegen schwieriger umzusetzen. "Länder, deren Schüler und Bildungssysteme vergleichsweise gut abschneiden, werden niemals ihre Hand dafür heben, wenn man sich auf ein System verständigt, das aus deren Sicht schlechter ist. Besser wäre also der Weg, gemeinsame Standards für etwa Abschlussprüfungen festzulegen. Auf diesen Weg sollte man sich machen." Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschefin Manuela Schwesig (SPD) rief den Bundesrat auf, der weitgehenden Abschaffung des Kooperationsverbotes zuzustimmen. "Jetzt müssen wir endlich handeln. Ich meine, dass die Lockerung des Kooperationsverbots dringend kommend muss", sagte die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und frühere Bundesfamilienministerin.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-107047/nord-laender-dringen-auf-bildungsreformen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com